

Jakob Graf • Steffen Liebig • Kim Lucht • Hans Rackwitz • Markus Wissen*



Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien

Die Klimakrise galt lange Zeit als abstraktes und zukünftiges Menschheitsproblem, das vor allem vermittelt über wissenschaftliche Modelle erfahrbar war. Das hat sich in jüngerer Zeit geändert: Hitzewellen, Waldbrände, Fluten oder Wassermangel haben längst auch den globalen Norden erreicht und erhöhen auch hier die alltagsweltliche Erfahrbarkeit der Klimakrise. Im globalen Süden prägen sie schon seit längerem den Alltag vieler Menschen und nehmen dabei – wie 2022 die Flut in Pakistan – immer katastrophische Formen an. Zudem mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht mehr zu erreichen ist. Damit droht das Überschreiten von Kippunkten mit letztlich kaum kontrollierbaren, sich selbst verstärkenden Effekten und Eskalationsdynamiken.

Dabei ist die Klimakrise bei weitem nicht das einzige ökologische Problem. Weniger beachtet, aber in ihren Aus-

wirkungen kaum weniger gravierend, schreiten die Zerstörung von Ökosystemen, der Verlust von Tierarten und Pflanzensorten sowie die Erosion der genetischen Vielfalt voran. In der Folge werden kleinbäuerliche Existenzen vernichtet, Pandemien breiten sich aus und wichtige Grundlagen menschlicher Ernährung gehen verloren.

Der ökologische Problemdruck ist also enorm und wird absehbar weiter steigen. Wirksame Gegenmaßnahmen sind jedoch bisher sehr begrenzt und stets umkämpft. So stoßen sich internationale Abkommen wie die Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) und die Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD), die beide mit großen Erwartungen auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet worden sind, regelmäßig

* Jakob Graf  promoviert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu sozial-ökologischen Konflikten in Chile und ist Mitglied der Redaktion der PROKLA. | Steffen Liebig arbeitet als Postdoktorand im SFB »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. | Kim Lucht arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im SFB »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. | Hans Rackwitz promoviert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu einer Soziologie der Klassen- und Naturverhältnisse. | Markus Wissen  ist Redakteur der PROKLA und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

an den Wachstumszwängen und Konkurrenzlogiken einer kapitalistischen Ökonomie und ihrer weitgehend nationalstaatlichen Verfasstheit. Sie sind selbst Austragungsort von ökonomischen und politischen Konkurrenzen, denn die Beantwortung der Frage, wer künftig wieviel CO₂ emittieren darf oder wer welche Anstrengungen zum Schutz von Ökosystemen unternehmen muss, entscheidet mit über die Optionen und Restriktionen wirtschaftlicher Entwicklung.

Das schließt gewisse Fortschritte nicht aus. So werden etwa die Beschlüsse der UN-Biodiversitätskonferenz im Rahmen der CBD vom Dezember 2022 in Montreal von vielen vorsichtig optimistisch bewertet. Ob sie in der vorgesehenen Form aber auch umgesetzt werden, ob also etwa bis 2030 wirklich 30 Prozent der weltweiten Landflächen und Süßwasserressourcen sowie 30 Prozent der Meeresflächen und Küstengebiete unter Schutz gestellt werden, ist keineswegs sicher. Denn die Umsetzung liegt bei den Nationalstaaten, die zugleich miteinander in Konkurrenz stehen.

Die »Internationalisierung des Staates« (siehe PROKLA 147), also die vor allem in den 1990er- und 2000er-Jahren beobachtbare Schaffung beziehungsweise Aufwertung internationaler Regelwerke, hat gerade nicht – wie in der Global-Governance-Debatte zuweilen erwartet – die nationalstaatliche Konkurrenz zugunsten einer Kooperation in der »Staatgemeinschaft« außer Kraft gesetzt oder zumindest abgemildert. Bestenfalls hat sie die Konkurrenz überlagert beziehungsweise ihr eine neue, von den Interessen der entwickelten

kapitalistischen Staaten des Westens geprägte institutionelle Form gegeben (siehe dazu PROKLA 133 zur »imperialistischen Globalisierung«). Und selbst davon ist angesichts der jüngsten geökonomischen und -politischen Entwicklungen wenig mehr als ein Trümmerhaufen übriggeblieben.

Das dürfte die Umsetzung des neuen Biodiversitätsabkommens ebenso konfliktträchtig machen, wie es die internationalen Bemühungen zur Bearbeitung der Klimakrise beeinträchtigt. Die jüngste Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC im November 2022 in Sharm El Sheikh brachte jedenfalls kaum greifbare Ergebnisse. Die globalen Treibhausgasemissionen steigen weiter an, und die Nachfrage nach Kohle erreichte, unter anderem aufgrund der Gaspreisstigerungen, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat, 2022 einen historischen Höchststand.

Auch wenn eine substanzielle Wende im Kampf gegen die Klimakrise nicht in Sicht ist, wird weltweit eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus forciert. Global erleben die erneuerbaren Energieträger einen Boom (IEA 2022b). Im Zeitraum 2022 bis 2027 wird ihr Anteil am Zuwachs der Kapazitäten für die Stromerzeugung laut IEA 90 Prozent betragen. Für die Jahre 2022 bis 2025 erwartet die IEA allein in China einen Zuwachs von fast 1.000 Terawattstunden. Das entspricht der Strommenge, die derzeit jährlich in Japan erzeugt wird. Bereits 2025 würden die erneuerbaren Energien insgesamt die Kohle als wichtigste Quelle der Stromerzeugung überholen. Für 2027 rechnet die IEA mit einem Anteil der Erneuerbaren am globalen Strom-

mix von 38 Prozent. Diese Entwicklung vollziehe sich deutlich schneller als noch vor einem Jahr erwartet, was im Fall der EU auch dem Ukraine-Krieg geschuldet sei.

Das führt zu neuen Konflikten, denn der Rohstoffbedarf des Übergangs zu einem Regime erneuerbarer Energien ist enorm. Zwar stehen Sonne und Wind kostenlos zur Verfügung. Um sie in elektrische Energie zu verwandeln, müssen jedoch Infrastrukturen geschaffen werden, für die unter anderem Kupfer, seltene Erden und nicht-metallische Mineralien benötigt werden. Auch der in jüngerer Zeit vielerorts forcierte Übergang zur Elektroautomobilität steigert die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen, deren Extraktion in den Herkunftsländern Konflikte provoziert (siehe den Beitrag von *Anne Tittor* in diesem Heft).

Dort, wo Verkehr und Stromversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden, berührt dies unterschiedliche Interessen. Der Übergang zur Elektroautomobilität schürt Konflikte zwischen Arbeit und Kapital um Produktionsstandorte und Arbeitsbedingungen; der Kohleausstieg provoziert Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen, Staat und Gewerkschaften einerseits und der Klimagerechtigkeitsbewegung andererseits. Diese werden – siehe jüngst die Aktionen der »Letzten Generation« oder die Kämpfe um Lützerath und den Dannenröder Wald – umso heftiger geführt, je mehr sich das Zeitfenster zur Bearbeitung der Klimakrise schließt.

Zusätzlich zu den Kämpfen um den Klimaschutz dürften künftig die um die Klimaanpassung an Zahl und Intensität

gewinnen. Je stärker die Klimakrise in den Alltag einbricht, desto dringlicher wird es, die sozialen und infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Menschen vor ihren Folgen zu schützen. Das ist keineswegs eine rein technische Aufgabe, denn die Betroffenheit von der Klimakrise ist ebenso wie die Verantwortung für sie höchst ungleich verteilt.¹ Klimaanpassungspolitik kann Städte und ländliche Räume sozial gerechter machen, etwa dann, wenn Sozialwohnungen energetisch saniert und benachteiligte Stadtteile begrünt oder mit Kühlräumen ausgestattet werden. Sie kann aber auch soziale Ungleichheiten verschärfen. Das ist etwa dann der Fall, wenn energetische Sanierungen Mietsteigerungen nach sich zu ziehen und wenn Stadtteile durch Begrünungsmaßnahmen aufgewertet werden. In der Folge kann es zu Konflikten zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen und zu einer Verdrängung von ärmeren Bevölkerungsgruppen kommen. In der kritischen Stadtforschung wird dies unter dem Begriff der *green gentrification* diskutiert (siehe den Beitrag von *Rosalie Arendt, Tobias Gralke und Lisa Vollmer* in diesem Heft). Stadt- und wohnungspolitische Konflikte verschränken sich hier auf eine komplexe und manchmal widersprüchliche Art und Weise mit ökologischen Kämpfen.

Die vorliegende Ausgabe der PRO-KLA widmet sich diesen und weiteren sozialen Konflikten, in die sich der zunehmende ökologische Problemdruck übersetzt, und die mithin als *sozial-ökologische Transformationskonflikte* ver-

¹ Siehe dazu Heft 2/2022 der *LuXemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/>.

standen werden können. Der Begriff hat sich zu einer Sammelbezeichnung entwickelt. Er beschreibt eine Vielzahl von gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, die durch die ökologische Krise sowie durch die Maßnahmen, ihr zu begegnen, ausgelöst, geprägt, hervorgebracht oder dynamisiert werden. Die ökologische Krise ist dabei in der Regel nicht die unmittelbare Ursache von Transformationskonflikten. Entscheidend sind vielmehr spezifische Verarbeitungsweisen von Krisentendenzen und das sozial selektive Abwälzen von Krisenfolgen: Ökologische Verwerfungen und Reformanstrengungen treffen auf gesellschaftliche Widersprüche, Konfliktpotenziale oder bereits manifeste Konflikte, mit denen sie interagieren. Sie verbinden sich mit ungleichen Klassen- und Geschlechterverhältnissen, rassistischen Diskriminierungen und neokolonialen Nord-Süd-Beziehungen (vgl. Dietz/Engels 2014: 81 ff.) und resultieren auf diese Weise in Transformationskonflikten.

Die vielseitigen Strategien zur Überwindung oder Eindämmung der ökologischen Krisen beinhalten weit mehr als technologische Maßnahmen. Vielmehr erzeugen sie selbst bestimmte Belastungen, Umverteilungswirkungen, Risiken sowie auch Chancen und sind stark umkämpft. Mitunter werden ökologische Krisen in einen ökonomischen, betrieblichen oder auch rechtlichen Transformationsdruck übersetzt. Freilich können ökologische Argumente auch nur Vorwand und Herrschaftskalkül für eher konventionelle unternehmerische Strategien sein wie profitsteigernde Standortverlagerungen und

Rationalisierungsmaßnahmen (siehe den Fall Bosch München Berg am Laim im Beitrag von *Julia Kaiser* in diesem Heft). Ebenfalls können Projekte der ökologischen Modernisierung eher der Standortsicherung als der Umwelt dienen. Oftmals aber ist eine klare Grenzziehung gar nicht oder erst im Nachhinein möglich, da sich auch hier die Konfliktmomente verschränken. Kurz, sozial-ökologische Transformationskonflikte sind manifeste und politisch virulente Vermittlungsmodi von ökologischem Problemdruck und sozialen Widersprüchen.

Diese komplexe Gemengelage führt zu keineswegs eindeutigen, oft sogar widersprüchlichen Konfliktkonstellationen und Subjektpositionen. Das häufig angeführte und in den *Environmental Labour Studies* (Räthzel u.a. 2021) reflektierte *jobs vs. environment-dilemma* etwa manifestiert sich in Transformationskonflikten, in denen sich Umweltschutz und Arbeitsplätze scheinbar unversöhnlich gegenüberstehen oder in denen die Interessen verschiedener Beschäftigtengruppen – aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, aus dem globalen Süden und Norden etc. – miteinander konkurrieren. Auf kurze Sicht handelt es sich um reale Dilemmata, denen die Entfremdung und Trennung der unmittelbaren Produzent*innen von ihren natürlichen Lebensbedingungen und von der Ausgestaltung ihrer Naturverhältnisse sowie die Konkurrenzlogik, der sie im Kapitalismus strukturell ausgesetzt sind, zugrunde liegen. Auf lange Sicht sind es aber die Subalternen, und damit letztlich auch die Lohnabhängigen in den fossilistischen Sektoren, die

in erster Linie unter der Klimakrise zu leiden haben und die folglich von einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation und der Befreiung ihrer Erwerbstätigkeit vom strukturellen kapitalistischen Zwang zur Umweltzerstörung profitieren würden.

Dazu kommt, dass Lohnabhängige sich nicht auf ihre Rolle als Arbeitsplatzbesitzer*innen reduzieren lassen. Vielmehr, so heißt es in einem instruktiven Text zweier IG-Metall Vertreterinnen, wird das »Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Umweltzerstörung [...] in all seiner Komplexität in der Lebenswirklichkeit der Kolleg*innen deutlich. Sie sind nicht lediglich Beschäftigte einer klimaschädlichen Industrie, sie leben ebenso in Städten ohne saubere Luft und haben Kinder, die an Freitagen für ihr Recht, diese Erde auch in Zukunft bewohnen zu können, auf die Straße gehen« (Grabietz/Klein 2019: 37). Insofern wäre also weniger die *Transformation* das Problem als der ungerechte gesellschaftliche Zustand, den sie überwinden will. Zum Problem wird dies dann, wenn die sich de facto vollziehende, herrschende Transformation als sozial ungerecht und eine alternative Transformationsweise als nicht durchsetzbar erweisen. Umgekehrt kann die Einsicht in die ebenso dynamischen wie von divergierenden Zeitskalen geprägten Interessen der Akteure in Transformationskonflikten Räume für die Reflexion und Bildung von neuartigen sozial-ökologischen Allianzen schaffen (siehe zu entsprechenden Bündnissen den Beitrag von *Kim Lucht und Steffen Liebig* in diesem Heft sowie *Candeias/Krull* 2022).

Das vorliegende Heft knüpft an empirische Untersuchungen und konzeptionelle Arbeiten an, wie sie in jüngerer Zeit etwa zu Konflikten um den Kohleausstieg und den Strukturwandel in der Autoindustrie vorgelegt worden sind (Dörre u.a. 2020). Die in ihm analysierten Transformationskonflikte lassen sich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – anhand verschiedener Kriterien typologisieren. Ein Kriterium ist die räumliche Dimensionierung: Handelt es sich um primär innerstaatliche Konflikte, die die betriebliche, sektorale oder die nationalstaatliche Ebene betreffen, oder aber um internationale Konflikte? Zweitens der Konfliktgegenstand: An welchen konkreten Krisenphänomenen (Energie, Mobilität, Ernährung, Sorgearbeit etc.) und an welchen ihnen zugrunde liegenden Widersprüchen entzündeten sich die Konflikte? Drittens die Akteursdimension: Welche (kollektiven) Akteure sind mit welchen Interessen in die Konflikte involviert, wie verschieben sich Interessen im Konfliktverlauf, welche Allianzen bilden sich heraus oder werden denkbar? Handelt es sich um Konflikte, die sich als Folge von staatlichen oder unternehmerischen Transformationsstrategien von oben herausbilden oder aber um Transformationskonflikte von unten, die sich eher als ökologische Kämpfe im Sinne eines *environmentalism of the poor* (Martinez-Alier 2002) verstehen lassen? Viertens schließlich der Charakter und die Richtung der Konflikte: Handelt es sich um defensive Abwehrkämpfe oder um offensiv geführte Kämpfe um eine (weitgehende) Transformation? Inwieweit geht es um eine Modernisierung des Bestehenden, gramscianisch gesprochen: um eine

»passive Revolution«, in der sich herrschende soziale Verhältnisse über ihre Veränderung stabilisieren, inwieweit haben die Konflikte ein transformatives Potenzial, politisieren ihren Gegenstand also in einer Weise, die den Horizont für grundlegende Veränderungen öffnet?

Kim Lucht und *Steffen Liebig* untersuchen die gemeinsame Kampagne *#WirFahrenZusammen* von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. Dabei zeigen sie, dass sich in dieser Allianz von Gewerkschaften und Klimabewegungen soziale und ökologische Interessen bündeln lassen. In Befragungen von Belegschaft, Gewerkschafter*innen und Klimaaktivist*innen kristallisieren sich Gemeinsamkeiten und verbindende Elemente heraus. Für Gewerkschaften besteht ein Interesse an Umweltthemen, die Klimabewegung kann sich strategisch mehr für Gewerkschaften öffnen. Die Tarifauseinandersetzung wird so von dem Bündnis aktiv zu einem sozial-ökologischen Transformationskonflikt gemacht und dadurch politisiert. Zwar fallen die Einschätzungen zu den Erfolgen der Tarifrunde unterschiedlich aus. Aber die Kampagne stellt mit den unterschiedlichen Akteuren die Verwirklichung einer verbindenden, ökologischen Klassenpolitik dar.

Ähnlich argumentiert *Julia Kaiser*. Sie zeigt, dass Forderungen nach einem ökologischen Umbau von Betrieben mit der Verteidigung der Interessen von Beschäftigten verbunden werden können, wodurch unweigerlich Fragen der betrieblichen Demokratie und der Kontrolle über die Produktion auf die Tagesordnung kommen. Kaiser untersucht zwei unterschiedliche Konversionsbündnis-

se zwischen Klimaaktivist*innen und Arbeiter*innen, die von der Entlassung bedroht sind: den Kampf um den ökologischen Umbau der Bosch Fabrik in München Berg am Laim sowie das *Collettivo di Fabbrica* beim Automobilzulieferer GKN, das es schaffte, aus seinem Kampf gegen die Werksschließung eine breite Bewegung für eine sozial-ökologische Wende und gegen Entlassungen in der italienischen Auto(zulieferer)industrie zu machen. In Auseinandersetzung mit der Geschichte der Konversionsbewegung arbeitet sie die Erfolgsbedingungen sowie die Grenzen beider Fälle heraus und lotet Potenziale für weitere Konversionsbündnisse in der Industrie als Teil einer ökosozialistischen Strategie aus.

Lennart Michaelis, *Thomas Rehfehltd*, *Genevieve Schreiber* und *Johanna Sittel* beschäftigen sich mit der Frage, inwiefern die Qualifizierung von Beschäftigten zur sozial-ökologischen Transformation beitragen kann. Ihr Untersuchungsgegenstand ist die Auto(zulieferer)industrie in Thüringen, in der die Autor*innen Interviews mit Expert*innen, Beschäftigten und dem Management geführt haben. Dabei wird deutlich, dass das Instrument Qualifizierung in den Betrieben wenig genutzt wird und stark umkämpft ist, obwohl sich alle Beteiligten seines Potenzials bewusst sind. Um die Transformation der Auto(zulieferer)industrie sozial und ökologisch zu gestalten, müssten Beschäftigte in die Erarbeitung von Qualifizierungskonzepten stärker eingebunden und eine »Transformationslernkultur für alle« etabliert werden.

Zwei Beiträge beschäftigen sich mit sozial-ökologischen Transformations-

konflikten im internationalen Maßstab beziehungsweise im globalen Süden: Zunächst richtet *Anne Tittor* den Blick auf globale Ungleichheiten und wirft die Frage auf, inwiefern Dekarbonisierungspolitik und -prozesse zu einer Verschärfung sozial-ökologischer Konflikte beitragen. Ihr Schwerpunkt liegt auf Lateinamerika. Mit dem Begriff des »postfossilen Extraktivismus« fasst sie sozial-ökologische Konflikte, die sich aus der Transformation hin zu erneuerbaren Energien ergeben. Treiber der Konflikte ist vor allem der hohe Bedarf an Land, den die Erzeugung erneuerbarer Energien – von Agrartreibstoffen über Forstplantagen bis hin zu Staudämmen – benötigt.

Sodann widmet sich *Tobias Kalt* den Transformationskonflikten im südafrikanischen Energiesektor. Hier unterstützten Gewerkschaften und Umweltbewegung anfangs gemeinsam den Übergang zu erneuerbaren Energien. Als sich jedoch abzeichnete, dass die Energiewende marktorientiert, mit Privatisierungen und mit einem zunehmenden Einfluss ausländischer Konzerne vonstattengehen würde, traten die Gegensätze zwischen beiden Akteursgruppen zutage. Während sich Teile der Umweltbewegung indifferent zur Eigentumsfrage verhielten, solange der Ausbau der Erneuerbaren vorankam, widersetzten sich dem die Gewerkschaften, um den Abbau von Arbeitsplätzen in einem bislang staatlich kontrollierten Sektor zu verhindern. Mithilfe hegemonietheoretischer Kategorien und auf der Basis eigener empirischer Untersuchungen identifiziert Kalt die Linien, entlang derer der Konflikt verläuft. Er erörtert, inwieweit sich Gewerkschaft-

ten und Umweltbewegung in der Forderung nach einer sozial-ökologischen Energiewende unter gesellschaftlicher Kontrolle wieder aneinander annähern könnten.

Rosalie Arendt, *Tobias Gralke* und *Lisa Vollmer* analysieren die soziale und die ökologische Frage in der Wohnraumversorgung. Sie argumentieren anhand der Dimensionen der energetischen Modernisierung und des Wohnflächenverbrauchs, dass spezifische Regulierungsweisen zu institutionalisierten, das heißt politisch hergestellten Zielkonflikten zwischen sozialen und ökologischen Belangen in der Wohnraumversorgung führen. Die Entwicklung einer gemeinsamen sozial-ökologischen Transformationsperspektive unterschiedlicher Akteure, mithin von sozialen und ökologischen Bewegungen, wird auf diese Weise erschwert. Dennoch, so die Autor*innen, böte sich Vergesellschaftung als transformativer Fluchtpunkt und integrative Auflösung der Zielkonflikte an.

Dennis Eversberg ordnet den sozial-ökologischen Transformationskonflikt zunächst sozialtheoretisch ein: Er bergreift ihn als komplexe gesamtgesellschaftliche Großkonstellation, in der über notwendige Transformationsprozesse verhandelt wird. Sodann rekonstruiert er in einer an Bourdieu angelehnten und auf repräsentativen Umfragedaten des Umweltbundesamts beruhenden Untersuchung drei große Lager sozial-ökologischer Mentalitäten in der bundesdeutschen Bevölkerung. Als grundlegende Dimensionen des Transformationskonflikts werden dabei Anpassung, Verteilung und Externalisierung identifiziert und in ihren klas-

senspezifischen Verarbeitungsweisen interpretiert. Eversberg kommt zu dem Schluss, dass für eine linke Perspektive die Politisierung der Externalisierungsdimension entscheidend ist.

In ihrem Einspruch fragt *Christiane Gerstetter*, warum sozial-ökologische Transformationskonflikte in jüngerer Zeit verstärkt auf juristischem Weg, in Form von »Klimaklagen«, ausgetragen werden. Politische und juristische Entscheidungen sind zwar, so ihr Argument, in dieselben gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse eingebettet. Dabei folgen sie allerdings unterschiedlichen Logiken, die es Aktivist*innen bisweilen ermöglichen, juristisch Entscheidungen zu erstreiten, die politisch viel langwieriger oder kaum möglich wären (etwa das Aus für ein bestimmtes umweltschädliches Vorhaben). Allerdings unterliegen juristische Formen der Auseinandersetzungen immer auch Begrenzungen. So bieten sie beispielsweise nur wenig Raum für »das Ausprobieren emanzipatorischer Formen des Entscheidens, Zusammenlebens und Wirtschaftens.« Insofern handelt es sich um ein Instrument, das es im Rahmen eines »taktischen Pluralismus« mit anderen Formen emanzipatorischer Kämpfe zu verbinden gilt.

Außerhalb des Schwerpunkts eröffnen *Michael Heine* und *Hansjörg Herr* die dramatische Zuspitzung der ökologischen Krise aus einer makroökonomischen Perspektive. Sie gehen davon aus, dass die Krise wesentlich dem Wachstumszwang geschuldet ist, wie er kapitalistischen Ökonomien innewohnt. Mit technologischen Lösungen allein lässt sie sich folglich nicht in den Griff bekommen. Vielmehr bedarf es einer

Orientierung der makroökonomischen Steuerung auf Nullwachstum. Anknüpfend an Überlegungen von Marx, Keynes und Schumpeter sowie an historische Erfahrungen aus den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg skizzieren sie deren Elemente: öffentliches Eigentum an großen Unternehmen, Investitionssteuerung durch einen Kreditplan und die Steuerung der Ersparnisse im Sinne einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Das aktuelle Schwerpunktheft versteht sich als Auftakt zu einer Debatte über die ökologische Krise und sozial-ökologische Transformationskonflikte, die in den kommenden Heften weitergeführt werden soll. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Beiträgen ein.

Die PROKLA-Redaktion dankt Steffen Liebig, Kim Lucht und Hans Rackwitz ganz herzlich. Sie haben das vorliegende Heft mit großem Engagement und vielen wichtigen Impulsen als Gastredakteur*innen mitgestaltet.

Literatur

- Candeias, Mario / Krull, Stephan (2022): *Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion.* Hamburg.
- Dietz, Kristina / Engels, Bettina (2014): Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? – Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 43(1): 73-90.
- Dörre, Klaus / Holzschuh, Madeleine / Köster, Jakob / Sittel, Johanna (Hg.) (2020): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität.* Frankfurt/M./New York.

- Grabietz, Katharina / Klein, Kerstin (2019): #Fair-Wandel. Für eine Industriegesellschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt. In: Sozialismus Nr. 6: 36-38.
- IEA (International Energy Agency) (2022a): Coal 2022. Analysis and forecast to 2025. Paris, <https://www.iea.org>.
- (2022b): Renewables 2022. Analysis and forecast to 2027. Paris. URL: <https://iea.blob.core.windows.net/>, Zugriff: 20.1.2023.
- Martinez-Alier, Joan (2002): Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation. Cheltenham/Northampton. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781843765486>.
- Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies. Houndmills. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8>.

Der PROKLA-Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. | Postbank Berlin | IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 | BIC: PBNKDEFF

